

GEFAHR AM HIMMEL

Polizei rüstet für die Drohnenabwehr auf.

Seite 5

VOM AUSSTERBEN BEDROHT

Wissenschaftler sind besorgt, dass Giraffen verschwinden.

Seite 11/12



Schweiz am Sonntag

22. Januar 2017 | Ausgabe Aargau | www.schweizamsonntag.ch

Die Rückkehr der Grenzen

USA, England, Schweiz: Drei liberale, offene Länder ringen um eine neue Einwanderungspolitik.



Die britische Premierministerin Theresa May nimmt Abschied von der Personenfreizügigkeit – das möchte auch Christoph Blocher (r). Eine radikale Einwanderungspolitik will US-Präsident Donald Trump. Key, Montage SAS

VON OTHMAR VON MATT UND PATRIK MÜLLER

Der neue US-Präsident Donald Trump will «Jobs aus dem Ausland zurückholen» und den Freihandel einschränken, die britische Premierministerin Theresa May gab diese Woche den konsequenten Rückzug aus dem EU-Binnenmarkt und der Personenfreizügigkeit bekannt – und auch in der Schweiz kommt die Grenzpolitik auf die politische Agenda. Die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz»

(Auns), gegründet von Christoph Blocher, prüft mittels zweier Volksinitiativen einen «Zangenangriff» sowohl auf die Personenfreizügigkeit als auch auf das Schengen-Abkommen. «Ich stelle fest, dass es in der Auns Leute gibt, die beide Initiativen wollen», sagt Auns-Vizepräsident Luzi Stamm. Schengen war zurückgestellt worden.

Mit der neuen Doppel-Strategie bringt die Auns ausgerechnet die SVP in die Bredouille. In der Volkspartei ist man über das Vorpreschen der Auns nicht erfreut. «Es wäre fatal, wenn wir das erste Paket der Bilateralen mit der EU kündigen würden.»

PETER SPUHLER UNTERNEHMER, SVP-MITGLIED Christoph Blocher möchte sich vor allem auf den Kampf gegen das institutionelle Rahmenabkommen, aber auch auch gegen die Personenfreizügigkeit konzentrieren. Er plant, dazu im Herbst eine Initiative zu starten, welche die Freizügigkeit «für immer unterbindet», wie er am Freitag in seiner Albisgüetli-Rede sagte.

Doch auch die Initiativpläne gegen die Personenfreizügigkeit sind in der SVP nicht unumstritten. Der Wirtschaftsflügel fürchtet diesen Schritt. «Es wäre fatal, wenn wir das erste Paket der Bilateralen mit der EU kündigen würden», sagt Peter Spuhler, der Thurgauer Bahnbau-Unternehmer, der sich eine Rückkehr als SVP-Politiker nach Bern vorstellen kann. Und selbst im engsten Umfeld der SVP-Spitze gibt es Vorbehalte, ob eine Kündigungs-Initiative der richtige Weg ist.

Ringen um die Freizügigkeit: Seiten 2/3 Trumps Start ins Amt: Seiten 8/9 Interviews mit Nobelpreisträger Robert Shiller, Aussenminister Sebastian Kurz

Ski alpin

Das tut weh: Ski-Ass Lara Gut wird von Erzrivalin geschlagen.

Seite 29



Novartis

Firmenchef Joe Jimenez verliert an Boden im Pharmakonzern.

Seite 22

Desinteresse an GrossratswahlenSachgeschäfte

Sachgeschäfte interessieren mehr als Wahlen.

Seite 47

Kommentar

Handys registrieren - Waffen nicht?

Seite 17



Letzte Meldungen

Armee zufrieden mit Einsatz am WEF

BERN Die Schweizer Armee ist zufrieden mit ihrem Einsatz am World Economic Forum (WEF) in Davos diese Woche. Insgesamt seien drei Regelwidrigkeiten im Luftraum der Schweiz und fünf in Österreich verzeichnet worden. Die Armee habe sämtliche Aufträge in der Luft und am Boden jederzeit erfüllt, teilte sie gestern mit. Der Einsatz sei zur vollen Zufriedenheit der Behörden verlaufen. Durchschnittlich seien 4300 Milizangehörige der Armee im Einsatz gestanden. (RED)

Kanton Schwyz: Lawine verschüttet Skifahrer

OBERIBERG BE Eine Lawine, die sich gestern Morgen kurz nach 10 Uhr am Forstberg im schwyzerischen Oberiberg gelöst hatte, erfasste zwei Tourenskifahrer. Wie die Kantonspolizei Schwyz schreibt, konnte sich eine 52-jährige Frau unverletzt befreien. Ihr 53-jähriger Begleiter wurde verschüttet und von Kräften der Kantonspolizei, des SAC und der Rega lokalisiert und geborgen. Er wurde reanimiert und in kritischem Zustand in eine Spezialklinik geflogen (RED)

Fünf zum Teil schwer verletzte nach Auto-Kollision

SIGNAU BE Ein Autounfall in Signau hat gestern Mittag fünf Verletzte gefordert. Wie die Kantonspolizei Bern mitteilt, kam es aus noch unklaren Gründen auf einer Umfahrungsstrasse zu einer seitlich-frontalen Kollision zweier Autos. Der 82-jährige Lenker des Autos, das aus einer Nebenstrasse auf die Umfahrungsstrasse einbog, wurde schwer verletzt und musste aus dem Fahrzeug geborgen werden. Seine beiden Mitfahrerinnen sowie der 59-jährige Lenker und die Beifahrerin des anderen Autos wurden ebenfalls verletzt ins Spital gebracht. (RED)

Schwerverletzte nach Unfällen im Kanton Zürich

SEUZACH/RICKENBACH ZH Bei einem Selbstunfall auf der A 1 in Seuzach ist am Samstagmorgen ein 33-Jähriger schwer verletzt worden. Wie die Kantonspolizei Zürich mitteilt, kam das Auto um 1.30 Uhr in einer langgezogenen Rechtskurve aus ungeklärten Gründen ins Schleudern. Die beiden Insassen konnten das Auto selbstständig verlassen. Der Lenker erlitt schwere Kopfverletzungen, die 32-jährige Beifahrerin verletzte sich leicht. Beide wurden ins Spital gebracht. Ein weiterer Selbstunfall ereignete sich um 2.30 Uhr in Rickenbach. Dabei geriet ein Auto über den rechten Rand hinaus, prallte in einen Baum und kam in einem Graben zum Stehen. Die Feuerwehr musste die 32-jährige Lenkerin bergen. Sie wurde mit schweren Verletzungen hospitalisiert. (RED)

Gewinnzahlen

6 10 14 22 24 39							
Glückszahl 4							
Replay 3							
,							
Die Gewinne							
6+ 0 à CHF	0.00						
6 O à CHF	0.00						
5+ 8 à CHF	7209.15						
5 63 à CHF	1000.00						
4+ 445 à CHF	124.85						
4 2458 à CHF	58.70						

21.45

8.80

Schweizer Zahlenlotto vom 21.1.2017

Jackpot 2,1 Mio. Franken

6507 à CHF

33 875 à CHF

Jok	er					
2	4	9	7	7	0	
6	(ЭàС	HF			0.00
5		1àC	HF			10 000.00
4	10	ЭàС	HF			1000.00
3	14	9 à C	ΉF			100.00
2	145	7 à C	HF			10.00

Euro Millions vom 20.1.2017 10 17 27 31 49 3/5 Sterne 2. Chance: 5 11 16 38 39 Super Star: J253W (Alle Angaben ohne Gewähr)

Doppel-Angriff auf Freizü bringt SVP in Nöte

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) prescht vor, die Basis plant eine Demo – und Insider warnen vor einem Schachmatt der SVP im Europa-Poker.

VON OTHMAR VON MATT

Während die SVP über Initiativvarianten für einen Angriff auf die Personenfreizügigkeit sinniert, denkt man bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) einen Schritt weiter. Ihr Vorstand hat bereits am 16. Dezember 2016 beschlossen, eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit zu starten. Es liegen mehrere Textvarianten vor.

Inzwischen wird in der Auns gar ernsthaft eine Doppel-Initiative in Erwägung gezogen: ein Zangenangriff auf Personenfreizügigkeit und Schengen. «Ich stelle fest, dass es in der Auns Leute gibt, die beide Initiativen wollen», sagt Auns-Vizepräsident Luzi Stamm. «In der Westschweiz ist die Auns stärker gegen Schengen als gegen die Personenfreizügigkeit.» Die Auns habe immer gegen Personenfreizügigkeit wie Schengen gekämpft. «2005 traten wir gegen beide Vorhaben an.»

Das ist eine Entwicklung, die Christoph Blocher nicht gefällt. Der Strategiechef steht mit seiner SVP vor wegweisenden Entscheidungen: Soll er im Herbst eine Initiative starten, mit der die Personenfreizügigkeit «für immer unterbunden» wird, wie er es an der Albisgüetli-Tagung sagte? Soll er sich auf den Kampf gegen das institutionelle Rahmenabkommen konzentrieren? Auf die Selbstbestimmungs-Initiative? Auf die Rasa-Initiative und den Gegenvorschlag? Auf alles, glaubt Blocher: Die SVP sei 2017 bei all diesen Themen gefordert.

Druck auf die SVP-Spitze gibt es aber nicht nur von der Auns. Auch von Teilen der Basis, die am 18. März auf die Strasse geht. SVP-nahe Kreise wollen auf dem Bundesplatz gegen die «Missachtung des Volkswillens» bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative demonstrieren. Blocher wurde von den Organisatoren als Redner eingeladen. Ob er geht, ist fraglich. Tausende sollen nach Bern reisen. Bereits mobilisieren Linksextreme gegen den Anlass, wie der «Bund» berichtete. Mit dem Spruch «Welcome to Hell!» Wie

Kritik aus den eigenen Reihen

Es sind aber auch Schwergewichte in der SVP wie Unternehmer Peter Spuhler, die Kritik anmelden - an den Initiativ-Plänen gegen die Personenfreizü-

gigkeit. «Es wäre fatal, wenn wir das erste Paket der Bilateralen mit der EU kündigen würden», sagte SVP-Unternehmer Peter Spuhler im «St. Galler Tagblatt».

Selbst im engsten Parteiumfeld ist unklar, ob eine Kündigungs-Initiative der richtige Weg ist. Dass die SVP etwas gegen die Personenfreizügigkeit tun muss, sagt auch SVP-Nationalrat Thomas Matter. «Wir müssen nur den richtigen Weg finden, bei dem es kein Wenn und Aber mehr gibt», betont er, der an der DV in Le Châble VS eine Grundsatzrede gegen die Personenfreizügigkeit hielt. «Für mich wäre es cleverer, eine allfällige Kündigung der Personenfreizügigkeit der EU zu überlassen.» Dafür brauche es alle 28 Staaten. «Diese Einigkeit wird die EU niemals bekommen», sagt Matter. «Deutschland wäre das meistbetroffene Land. Es würde sich vehement wehren.» Für Matter sollte die SVP einen anderen Weg suchen, gegen die Personenfreizügigkeit vorzugehen.

Umstritten ist im engeren Umfeld auch die Fixierung Blochers auf das institutionelle Rahmenabkommen. Blocher unterschätze die Gefahr, die von einem Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative ausgehe, sagt ein Insider. Halte der Gegenvorschlag fest, bei der Steuerung der Zuwanderung müssten völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden, könnten wichtige Vorentscheide fallen, etwa gegen die Selbstbestimmungs-Initiative. Das sieht einer der Gegenvorschläge des Bundesrats vor. Noch bedeutendere Weichen könne das Parlament mit einem Gegenvorschlag stellen, der besage, das Verhältnis der Schweiz zur EU beruhe auf den bilateralen Verträgen. Die SVP könnte ausmanövriert werden. Während sie auf das Rahmenabkommen wartet.

SVP-Nationalrat und «Weltwoche»-Verleger Roger Köppel stützt Blocher in der strategischen Ausrichtung. «Nach den jüngsten Äusserungen von Bundespräsidentin Doris Leuthard und Aussenminister Didier Burkhalter, welche die institutionelle Anbindung an die EU wieder vorwärtstreiben, ist dieser Vertrag entscheidend», sagt er. Für ihn stehe die Bekämpfung dieses Abkommens «über allem». Für eine Kündigungs-Initiative gegen die Personenfreizügigkeit scheint er sich nur mässig erwärmen zu können. «Die Personenfreizügigkeit ist ein Auslaufmodell», sagt er.

«Priorität hat es, das Rahmenabkommen zu verhindern. Aber natürlich geht damit Hand in Hand die Beschränkung der Zuwanderung.»

Dass die Auns in diesem Moment den «Nebenschauplatz» Schengen aufs Tapet bringt, ärgert die Spitze, freut aber die Basis. Die Auns habe die Rolle einer Vorkämpferin und sorge für Druck aus der Basis. «Das ist befruchtend», sagt SVP-Politiker Anian Liebrand, Vorstandsmitglied von EU-No und Mitglied des Organisations-Komitees von «Brennpunkt Schweiz», das die Demo vom 18. März organisiert. Bei der Auns gibt es auch für eine Schengen-Initiative bereits eine Textvariante. Danach gäbe es in Artikel 57 der Bundesverfassung einen neuen Abschnitt, in dem es hiesse: Bund und Kantone «sichern die Landesgrenze eigenständig und führen gezielte Personenkontrollen durch.» Dazu käme eine Übergangsbestimmung in Artikel 197. «Die Europäische Union ist innerhalb von sechs Monaten zu notifizieren», dass das Schengen-Abkommen gekündigt werde.

Es sei für die SVP-Spitze «nicht ganz einfach», «die verschiedenen Interessengruppen in Schach zu halten», gesteht Anian Liebrand: «Die SVP steht in einer delikaten Situation. Was sie jetzt tut, hat Auswirkungen auf Jahre hin-

Blocher: Schengen zweitrangig

Blocher selbst sieht Schengen als Nebenschauplatz. «Die Auns hat die Schengen-Initiative bisher sistiert», sagt er. «Sie hat nicht erste Priorität. Auch für die SVP nicht.» Doch will er Personenfreizügigkeits-Initiative wirklich lancieren? «Auf jeden Fall. Zurückgezogen ist sie schnell, sollte sie nicht mehr nötig sein.» Die Personenfreizügigkeit müsse «für immer unterbunden» werden. Im Juni entscheide die DV zu den Vorschlägen. «Eine Initiative werden wir wohl im Herbst einreichen.» Dafür will er mit der Auns zusammen einen einheitlichen Text haben. «Zwei Initiativen wären nicht gut.»

Einem Thema räumt Blocher in der Entscheid-Kaskade, die ansteht, aber unbestrittene Priorität ein. Das wurde in der Albisgüetli-Rede deutlich. «Der Kampf gegen das Rahmenabkommen ist der wichtigste Kampf», sagte Blocher. «Ich glaube, den gewinnen wir.»



DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Alle 28 EU-Staaten haben Personenfreizügigkeit, dazu die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island.



Grossbritannien will nichts mit der

VON PATRIK MÜLLER

Brexit und Trump: Diese Volksentscheide in Grossbritannien und Amerika werden oft im selben Atemzug genannt. So auch in unzähligen Diskussionsrunden am Weltwirtschaftsforum. Beide Voten würden Populismus, Nationalismus, wirtschaftliche Abschottung und Ausländerfeindlichkeit reflektieren, lautet der Tenor.

Die konservative britische Regierung von Premierministerin Theresa May sieht sich aber auf ganz anderen Pfaden als der neue Präsident der USA. Ihre Vision, wie Grossbritannien den Brexit umsetzen möchte,

sei «nicht populistisch», sagte nach Mays Rede in Davos ein unverdächtiger Zeuge: Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Robert J. Shiller, ein entschiedener Gegner sowohl von Trump wie auch des Brexit (siehe Interview im Wirtschaftsteil). May hatte geradezu demonstrativ die Vorteile der Globalisierung und des Freihandels betont und erklärt, dass die EU ein wichtiger Partner bleibe, sich Grossbritannien aber darüber hinaus global orientieren müsse. «Wir verlassen die EU, aber wir umarmen die Welt», sagte sie. May ergänzte, Grossbritannien habe alles Interesse an einer funktionierenden EU.

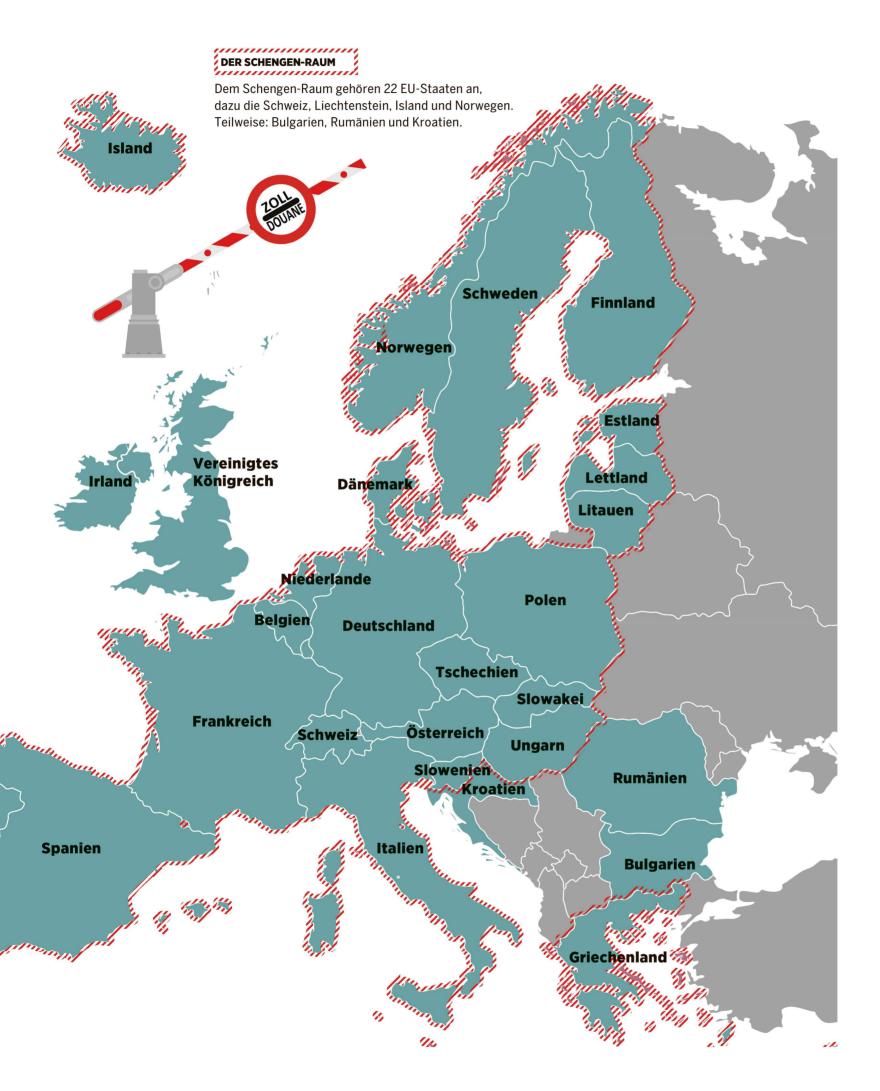
May unterschied sich inhaltlich und der Personenfreizügigkeit verabund in der Tonalität diametral von der «America first»-Rede Donald Trumps. Explizit vom neuen US-Präsidenten distanzierte sich am WEF der britische Schatzkanzler Philip Hammond. «Die Leave-Kampagne war keine Antiglobalisierungskampagne, sie war das Gegenteil der Trump-Kampagne in den USA: Wir wollen mehr Freihandel, aber nicht nur mit Europa, sondern mit der ganzen Welt.»

Ob das die britische Bevölkerung ebenso sieht, ist offen, aber es ist nun die Haltung der Regierung, die den Brexit «hart» umsetzen will, sich also vom EU-Binnenmarkt, der Zollunion schiedet.

Ukip sucht Nähe zu Trump

Während sich die Regierung von Trump distanziert, sucht die britische Unabhängigkeitspartei (Ukip), auf deren Druck hin das EU-Referendum in Grossbritannien erst möglich wurde, die Nähe zu Trump. Der ehemalige Präsident der Partei, Nigel Farage, ist ein Bewunderer Trumps und wurde von ihm kurz nach seinem Wahlsieg nach New York eingeladen. Gestern wurde bekannt, dass Farage Kommentator beim amerikanischen TV-Sender Fox News wird, der Trump nahe-

gigkeit und Schengen



Trump-Ideologie zu tun haben

steht, und dafür nach Washington zieht.

Während in Davos auf der einen Seite kein gutes Wort über Trump zu hören war, gab es auf der anderen Seite durchaus Verständnis für den EU-Austrittsentscheid der Briten. Gegenüber der «Schweiz am Sonntag» bezeichnet Österreichs Bundeskanzler Christian Kern - ein Sozialdemokrat - den Brexit als «Weckruf». Das Votum hat den Kanzler ermutigt, die Personenfreizügigkeit auch in seinem Land zu hinterfragen. Kern würde am liebsten einen «Inländervorrang» einführen in Branchen, die unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Im Gespräch stellt er klar: «Das ist kein Abschottungsprojekt und auch nicht ausländerfeindlich. Wir müssen ganz einfach auf die steigende Arbeitslosigkeit und die hohe Zuwanderung reagieren.»

Auf die Frage, ob ein Inländervorrang in Brüssel nicht chancenlos sei, weil die Personenfreizügigkeit ein Grundpfeiler der EU sei, antwortet Kern: «In der EU wurden in vielen Punkten die Regeln gebrochen, so etwa die Fiskalregeln.» Was er nicht sagte, aber wohl dachte: Wenn man schon überall die Regeln bricht, dann könnte man das auch bei der Freizügigkeit tun.



«Der Brexit ist ein Weckruf»: Österreichs Bundeskanzler Christian Kern will die Personenfreizügigkeit einschränken.

Editorial

Trump, die Antithese zu Davos

PATRIK MÜLLER, Chefredaktor

Das Beste an Donald Trumps Antrittsrede, frotzelt die «New York Times», sei ihre Kürze gewesen. Der neue US-Präsident hat mit fast allen Traditionen gebrochen: Weder bemühte er sich um Versöhnung im Innern, noch reichte er dem Rest der Welt die Hand. Stattdessen hörte man seine bekannte Wahlkampf-Rhetorik, die den Graben zwischen Volk und Elite beschwört, ein erbärmliches Bild vom Zustand Amerikas zeichnet und das Blaue vom Himmel verspricht: Neue Strassen, Brücken und Flughäfen, das Zurückholen von Jobs im Ausland, das sofortige Ende von Kriminalität und Drogen.

Die Rede fand an jenem Tag statt, als in Davos das Weltwirtschaftsforum zu Ende ging. Die ganze Woche lang warnten dort Minister, Unternehmer, Nobelpreisträger und Wissenschafter in bisweilen ermüdender Einigkeit vor dem Ende der Globalisierung, vor Handelskriegen, Nationalismus, Populismus und auseinanderdriftenden Gesellschaften. Nicht jeder nannte den Namen Trump - doch gemeint war er immer. Seine Rede dürfte die Davoser Community in ihren Befürchtungen bestätigt haben. Ob der Graben zwischen der Elite und dem Volk wirklich so tief ist, wie Trump behauptet, ist schwer zu beurteilen. Klar ist jedoch, dass der Graben zwischen der Elite und einem US-Präsidenten nie tiefer war.

Am Tag der Inauguration distanzierte sich in Davos auch der konservative britische Finanzminister Philip Hammond von Trump. Die Motive hinter dem Austritt seines Landes aus der EU seien «das Gegenteil» von dem, was Trump wolle, sagte er: «Wir Briten wollen nicht weniger, sondern mehr Freihandel – aber mit der ganzen Welt, nicht nur mit der EU.» Die Briten, fügte er hinzu, bräuchten Einwanderer – doch sie wollten selber entscheiden, welche und wie viele.

Die Distanzierung der Briten sollte jene Schweizer Rechtspolitiker hellhörig machen, die für Trump schwärmen. Weder seine Politik noch seine Persönlichkeit passen zur Schweiz; der Immobilien-Mogul verkörpert das Gegenteil von ziemlich allem, was unser Land ausmacht. Anders ist es beim Brexit. Aus der Politik der neuen britischen Regierung lassen sich durchaus Lehren für die Schweiz ziehen. Und seien es nur diese zwei: Weltoffenheit ist mehr als die EU-Fixierung, an der auch unser Bundesrat leidet. Und wirtschaftliche Offenheit ist nicht dasselbe wie offene Grenzen für alle Migranten.

patrik.mueller@schweizamsonntag.ch

Sie haben abgestimmt

Letzten Sonntag fragten wir: Finden Sie es richtig, wenn Muslime wie andere Glaubensgruppen in der Schweiz Privatschulen gründen?

ja

16,6%

nein

83,4%

Ergebnis vom 21.1.2017, Teilnehmer: 1919

Frage der Woche

Glauben Sie, dass Donald Trump ein guter Präsident wird?

Stimmen Sie online ab unter